

Hamburg den 13.06.2019

Auszug aus einem Interview mit Frau Dr. Monika Schaal, Fachsprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion für Umwelt und Energie

Frau Schaal, vorneweg die übliche Frage. Was ist das erste woran Sie bei dem Wort Klimawandel denken?

Eisbären!

Aber das ist nicht das Einzige. Der zweite Punkt ist dann sicher der trockene Sommer im letzten Jahr und der fehlende Schnee bei uns hier in diesem Winter. Auch kann man feststellen, dass die Temperaturen tatsächlich ansteigen, bereits aktuell im April haben wir sehr hohe Temperaturen. Ob das am Klimawandel liegt, kann man sicher erst langfristig sehen, aber wenn wir schon hier in unserer gemäßigten Klimazone Veränderungen merken, dann wird sich das an Orten, die schon immer extreme Wettersituationen kannten, entsprechend stärker äußern.

Um diesem Klimawandel entgegenzuwirken sucht man eifrig nach Lösungen. Die Teillösung, die hier in Deutschland gerade in der Debatte steht, ist der Kohleausstieg. Mich würde auf nationaler und besonders Hamburger Ebene interessieren, wie Ihr idealer Kohleausstieg aussieht.

Man darf dabei nicht vergessen, dass es nicht nur darum geht, eine Energiequelle einfach auszutauschen. In der Kohleförderung und -verstromung sind viele Menschen beschäftigt. Das sind Menschen, die in diesem Bereich ihren Lebensunterhalt verdienen und ihre Existenz darauf aufbauen. Es ist wichtig, diesen Menschen eine neue Perspektive zu geben und sie existenziell und sozial abzusichern, wenn wir von einem Kohleausstieg reden. Diese Idee ist aufgenommen worden in die Beratung der sogenannten Kohlekommission.

Glauben Sie, dass dieser Ausfall der Arbeitsplätze in einem Land wie Deutschland finanziell zu stützen ist?

Der Bund soll dazu 40 Mrd. € für die betroffenen Bundesländer bereitstellen. Das Geld alleine ist es aber nicht, man muss auf einen tatsächlichen Strukturwandel hinwirken. Es müssen Unternehmen angesiedelt werden, bzw. dafür gesorgt werden, dass sich dort neue Industrien ansiedeln. Auch dazu gab es Ideen in der Kohlekommission.

Das heißt Sie schätzen die Arbeit der Kohlekommission als gut ein. Stimmen Sie dem Ausstiegsdatum 2038 zu?

Das Ausstiegsdatum war der Hauptstreitpunkt. 2038 ist ein Kompromiss. Es soll 2032 geprüft werden, ob der Ausstieg schon 2035 möglich ist. Mit den Betreibern der Kraftwerke muss jeweils Rücksprache gehalten werden, um die richtige Kraftwerksleistung zur richtigen Zeit vom Netz zu nehmen. In den Jahren 2023, 2026 und 2029 sollen die Maßnahmen laut Kommission einer umfassenden Überprüfung durch ein unabhängiges Expertengremium unterzogen werden, um gegebenenfalls nach zusteuern. Zieldatum 2038 ist der Kompromiss zwischen denen, die die Kohlekraftwerke noch viel länger laufen lassen wollten und denen, die einen deutlich früheren Zeitpunkt anstrebten. Ich begrüße, dass sich diese beiden Positionen an die Hand genommen haben und versuchen einen gemeinsamen Weg zu finden.

Wo würden Sie anfangen?

Zunächst müssen die Rahmenbedingungen festgelegt werden. Die SPD will nicht, dass am Ende zwar die Kohle weg ist, aber die Regionen dafür in andere politische Richtungen tendieren. Die betroffenen müssen sich zu jeder Zeit sicher fühlen, sonst klappt der Kohleausstieg nicht und man hat Ende alle gegen sich.

Nun hat Hamburg einen SPD-Bürgermeister. Wie stehen hamburgweit die Chancen, es früher zu schaffen und wo fängt man an?

Zunächst hat die Stadt nach dem Volksentscheid „unser Hamburg - unser Netz“ von 2013 das Strom- und das Gasnetz 2014 bzw. 2018 zurückgekauft. Der Rückkauf der Fernwärme ist auf der Zielgeraden. Die Fernwärme muss klimafreundlich umgebaut werden. Wenn der Stadt die Fernwärmegesellschaft mit allen Anlagen gehört, wird das Kohlekraftwerk in Wedel durch eine klimafreundliche und sozialverträgliche Wärmeversorgung ersetzt. Das steht unmittelbar bevor. Die Fernwärme soll dann künftig südlich der Elbe mit Abwärme aus Abfallverbrennung, Abwasser und Industrieanlagen sowie aus Gas-KWK in Kombination mit einem Aquiferspeicher gespeist werden. Der Plan ist, dieses System bis 2024 an das Fernwärmenetz anzuschließen.

Darüber hinaus will Hamburg im Rahmen des Projekts Norddeutsche Energiewende 4.0 (NEW 4.0) bis 2035 seinen Strom mindestens zu 75% aus erneuerbaren Energien beziehen. An dem Projekt NEW 4.0 sind 60 öffentliche und private Unternehmen aus Hamburg und Schleswig-Holstein beteiligt. Schleswig-Holstein erzeugt schon heute mehr Strom aus Wind, Sonne und Biomasse als dort verbraucht werden. Hamburg ein gewaltiger Stromverbraucher. Insofern geht das gut zusammen. Auch das hilft dem Klima.

Wir sprechen hier viel über eine regionale Lösung, wie stehen sie zu der geplanten Stromtrasse bis nach Süddeutschland?

Ich denke wir brauchen regionale Versorgung mit erneuerbaren Energien und Übertragungsleitungen nach Süden. Dabei gibt es aktuell aber viele Widerstände. Am Ende wird es für alle von Vorteil sein, wenn die Energie aus erneuerbaren Quellen fließt. Wenn die Investitionen sich amortisiert haben, wird Energie aus erneuerbaren viel billiger als aus fossilen Quellen werden.

Wir sprechen viel von Strom, nun spielt auch Wärme noch eine Rolle, wie ersetzen sie dies in Hamburg?

Mit der Volksinitiative „Tschüss Kohle“ hat die rot-grüne Koalition gerade vereinbart, in Hamburg spätestens Ende 2030 aus der Kohle auszusteigen und keine Kohle mehr in der Fernwärmeerzeugung in eigenen Anlagen einzusetzen. Das hat die Hamburgische Bürgerschaft im Juni beschlossen. Die Vereinbarung schließt auch ein, dass nach Abschaltung des Kohlekraftwerks Wedel auch die Kohlefeuerung in Tiefstack bis spätestens Ende 2030 beendet wird. Auch hier soll schon vorher, nämlich Ende 2025 geprüft werden, ob man nicht schon früher aus der Kohle aussteigen kann. Die Anbindung an das Kohlekraftwerk Moorburg an die Fernwärme ist ausgeschlossen.

Bei der Umrüstung des KKW Tiefstack wird man sich nicht nur mit einer Umstellung von Kohle auf Gas zufrieden geben. Man kann sich vorstellen, dass in Tiefstack ganz neue Technologien zum Einsatz kommen. Schon jetzt kann man aber die Müllverbrennungsanlage Borsigstraße effizienter machen und später dann auch hier industrielle Abwärme in die

Fernwärme einbinden. Ein entsprechendes technisches Konzept muss noch erarbeitet werden. Diesen Prozess soll ein 10-köpfiges Beteiligungsgremium begleiten. Ihm sollen VertreterInnen der Volksinitiative, zivilgesellschaftlicher Organisationen, der Wissenschaft und Unternehmen angehören. Gemeinsam mit den Partnern aus den zuständigen Behörden und der Wärmegesellschaft wird man sich über die Grundsatzentscheidungen des Senats und der Wärmegesellschaft zu Tiefstack informiert und austauschen. Das Beteiligungsgremium Tiefstack berichtet dem Energienetzbeirat und dem bürgerschaftliche Ausschuss für Umwelt und Energie.

Mit am Ende könnte man insgesamt 600.000 Tonnen CO₂ einsparen, 200.000 Tonnen mehr als mit einem einfachen Wechsel von Kohle zu Gas . (*1)

Sie sagten schon, das der Strompreis unter Einsatz erneuerbarer Energien geringer ausfällt, wie schätzen sie den Trend kurzfristig ein?

Schwer zu sagen. Beim Strompreis spielen viele Faktoren rein wie Stromsteuer, EEG-Umlagen und Netzentgelte. In der Diskussion ist, die Stromsteuer abzuschaffen, aber da dabei knapp 7 Milliarden Euro entfallen würden, ist der Finanzminister nicht allzu erfreut. Diskutiert wird auch eine CO₂-Abgabe, die aber wirklich steuern, also CO₂ vermeiden hilft, und gleichzeitig sozial gerecht sein muss. Insgesamt wäre es wünschenswert, wenn eine CO₂ Bepreisung kommt, auch die Finanzierung der Erneuerbaren Energien auf eine neue Grundlage zu stellen. Es ist z.B. nicht mehr nachvollziehbar, dass Stromkunden – wie beim Redispatch - dafür zahlen, dass sie eine Leistung nicht erhalten, weil Windräder abgestellt, die Betreiber aber entschädigt werden müssen. Vor allem darf durch ein künftiges System die Sektorenkoppelung nicht mehr abgewürgt, sondern es müssen Anreize gesetzt werden, sie zu ermöglichen. Sonst klappt die Energiewende nicht.

Was halten Sie im Zusammenhang vom Zertifikatehandel?

Die Unternehmen haben sich damit vollgesogen, als es noch viele Zertifikate zu guten Preis am Markt gab. Inzwischen wurde das Angebot an Zertifikate verknappt, der CO₂-Preis steigt, aber eben sehr langsam.

Kurzer Break: Was halten Sie von den Forderungen von Fridays for Future?

Bisher habe ich wahrgenommen, dass die Politik mehr für Klimaschutz tun soll. Das finde ich als Umweltpolitikerin natürlich richtig. Auch brauchen wir in der Politik immer Mehrheiten und so wie es aussieht, gibt es die jetzt für den Klimaschutz.

Jetzt würde ich ganz gerne noch einmal über die Verkehrswende in Hamburg sprechen. Beginnend beim ÖPNV, wie sehen Ihre Pläne aus?

Wir haben den Plan, ab 2020 nur noch emissionsfreie Busse anzuschaffen. Hamburg investiert bereits in die entsprechende Infrastruktur. Bisher sieht es so aus, als würde Hamburgs Strom ausreichen, um mit der Elektrifizierung der Busse zu starten. Bei der privaten Elektromobilität kann Hamburg stolz darauf sein, dass die Stadt mit knapp tausend Stück die meisten Ladestationen für E-Autos in ganz Deutschland hat. U- und S-Bahnen fahren bereits mit Ökostrom. Das U- und S-Bahn-System wird weiter ausgebaut.

Außerdem bietet Hamburg Car-Sharing und Stadträder an U-Bahnstationen an. Man kann durchaus sein Auto stehen lassen. Dazu kommt noch der Versuch, Sammeltaxisysteme wie

„Moia“ in Hamburg zu etablieren, oder auch, was ich noch besser finde, die Möglichkeit, sich dank „Ioki“ von S-Bahnhöfen nachhause fahren zu lassen.

Darüber hinaus baut der Senat „Velorouten“ und Fahrradwege in und um Hamburg aus. Wir wollen auch Miteinander im Verkehr verbessern, damit Fahrradunfälle abnehmen und die Leute sich auf Hamburgs Straßen mit dem Fahrrad sicher fühlen.

Es gab dabei auch viel Kritik an den Radwegen auf der Straße.

Verkehrsexperten finden das immer wichtig, dass der Radfahrer sichtbar auf der Straße ist, aber es gibt eben auch Radfahrer die sich dabei unwohl fühlen. Das ist in der Tat ein Problem, mit dem wir noch nicht ganz durch sind.

Wie stehen die Chancen auf eine U-Bahn in Steilshoop?

Gut, mit der U5 soll die kommen. Die Linie ist bereits in Planung. Momentan bauen wir die U4 Richtung Süden weiter aus und möchten die AKN in eine S-Bahnlinie umwandeln. Der Bau der S4 ist ein weiteres großes Schnellbahnprojekt.

Es gab mal die Idee, den HVV über Steuern zu finanzieren

Der Hamburger Verkehrsverbund hat generell einen sehr hohen finanziellen Deckungsgrad: Der Ausbau des ÖPNV kostet viel Geld. Die Hamburger SPD hat auf ihrem Landesparteitag im April für ihre künftige Verkehrspolitik beschlossen, einen "Hamburg-Takt" im HVV einzuführen, der Fahrpläne letztlich überflüssig machen soll. Damit solle jeder Hamburger sicher sein, bis 2029 an jeder Haltestelle, aber auch jedem anderen Punkt der Stadt, binnen fünf Minuten von Bus, Bahn oder einem Shuttle abgeholt zu werden. Daran arbeite der Senat derzeit gemeinsam mit der Hochbahn. Darüber hinaus will die SPD, dass der HVV nicht nur besser, sondern auch günstiger werde. Verbesserungen bei Senioren-, Schüler- und Azubi-Karten sind ein erster Schritt. Wir wollen aber auch das Preissystem des HVV unter die Lupe nehmen und innerhalb eines Jahrzehnts für alle zu vereinfachen.

Wie gehen Sie mit der Auslastung der Verkehrsmittel um?

In der Rush-Hour soll der Takt der Bahnen und Busse noch einmal angehoben werden, denn natürlich muss man auf eine hohe Personenzahl reagieren, besonders wenn man möchte, dass es noch mehr werden. Ein System wie in Paris, mit automatischen Zügen, ist sicherlich auch denkbar, auch um die Züge dichter fahren zu lassen.

Vielen Dank soweit von meiner Seite, haben Sie noch eigene Ideen oder Themen?

Wichtig ist, dass man immer wieder klar macht, die Energiewende ist notwendig für den Klimaschutz, sie stellt aber auch eine Chance für die Wirtschaft dar. Denn sie erfordert einen weiteren Ausbau der Infrastruktur für Strom, Wärme und Verkehr. Die erforderlichen Investitionen schaffen Arbeitsplätze und Einkommen. Insofern sind Investitionen in Energiewende und Klimaschutz nachhaltig.

Interview geführt von Lukas Wißmann für die Infostelle Klimagerechtigkeit am Zentrum für Mission und Ökumene. Hamburg den 13.06.2019.

(*1): vgl. dazu Drs. 21/17287 „Kohleausstieg für die Hamburger Fernwärme – Konsens mit den Initiatorinnen und Initiatoren der Volksinitiative „Tschüss Kohle!“ vom 21.5.2019

